

**Rede
von**

Dr. Dörte Liebetruth, MdL

zu TOP Nr. 5

Erste Beratung

**Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der
Generationengerechtigkeit**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/2023

während der Plenarsitzung vom 13.11.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP! Wenn es Ihnen mit Ihrem Gesetzentwurf um echte Generationengerechtigkeit ginge, könnten Sie nach der Debatte um die Regierungserklärung von Ministerpräsident Stephan Weil diesen Gesetzentwurf für ein 2. Nachtragshaushaltsgesetz eigentlich zurückziehen.

Denn dabei ist eines deutlich geworden: Diese rot-schwarze Koalition in Niedersachsen macht generationengerechte Politik. Rot-Schwarz hat weit mehr zu bieten als Sie in Ihrem Gesetzentwurf.

Ich will Ihnen gerne deutlich machen, warum. Erstens. Diese rot-schwarze Landesregierung führt die solide Haushaltspolitik der letzten Jahre fort. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung, den wir im nächsten Monat hier diskutieren werden, sieht weder eine Nettokreditaufnahme noch ein strukturelles Defizit vor.

Herr Birkner, Sie haben vorhin gefragt, was diese rot-schwarze Koalition zugunsten kommender Generationen tut.

Wir investieren zugunsten künftiger Generationen in allen wichtigen Zukunftsbereichen des Landes. Ich möchte Ihnen nur zwei Beispiele nennen.

Erstens. Sie als FDP hatten es ja nicht so eilig, junge Familien zu entlasten. Die rot-schwarze Koalition dagegen hat die Kindergartengebühren zum 1. August 2018 abgeschafft, Eltern spürbar finanziell entlastet und dafür gesorgt, dass die Bildungschancen der Generation der Drei- bis Sechsjährigen nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Zweitens. Mit dem Haushalt 2019 investiert die rot-schwarze Landesregierung mehr als 1,2 Milliarden Euro in die frühkindliche Bildung. In der Summe enthalten sind auch Schritte zur Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung - etwa, dass es ab Sommer 2019 endlich kein Schulgeld mehr für die Erzieherausbildung geben wird.

Ich führe diese Punkte auf, weil ich denke, dass Sie Ihren Begriff von Generationengerechtigkeit erweitern müssen. Denn zur Generationengerechtigkeit gehört auch, dass die Landesregierung neben der Bildung in unsere Straßen und in den öffentlichen Personennahverkehr investiert. Schon mit dem Nachtragshaushalt haben wir die Mittel für das Niedersächsische Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz stark erhöht - von 123 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro. Der Haushaltsentwurf 2019 sieht nun substanziell mehr Mittel für den Landesstraßenbau vor.

Es wird deutlich: Rot-Schwarz macht auch ohne Ihren Gesetzentwurf kluge Politik zugunsten künftiger Generationen.

Ihr Gesetzentwurf dagegen hält nicht, was er verspricht. Denn für Sie ist Generationengerechtigkeit vor allen Dingen die Tilgung von Altschulden.

Dafür wollen Sie mit 1 Milliarde Euro den Löwenanteil der Mehreinnahmen des Jahres 2018 einsetzen, also die gesamte sogenannte VW-Milliarde, die in den Landeshaushalt fließt.

Die Frage ist aber doch: Würde ein stärkerer Schuldenabbau als geplant unser Land wirklich gerechter für zukünftige Generationen machen?

Wir Sozialdemokraten sagen dazu heute, gerade in diesen Zeiten mit niedrigen Zinsen, Nein.

Wenn der Preis für den stärkeren Schuldenabbau wäre, dass wir künftigen Generationen eine marode Infrastruktur hinterließen, dann ist Schuldenabbau alles andere als generationengerecht.

Herr Grascha, immerhin haben Sie gerade in Ihrer Rede die Bedeutung von Investitionen anerkannt.

Sie wollen auch den Kommunen unter die Arme greifen und in die Hochschulen investieren. Das Problem ist nur: Sie können jeden Euro nur einmal ausgeben.

Sie übersehen nämlich etwas. Bei Ihnen von der FDP gibt es keine Zukunftsinvestitionen aus der VW-Milliarde in unsere digitale Infrastruktur. Wenn Sie die VW-Milliarde für die Schuldentilgung ausgeben wollen, dann ist diese Investition nicht möglich. Es könnten also nicht, wie von der Landesregierung vorgesehen, bis zu 350 Millionen Euro auf das Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen übertragen werden.

Sie von der FDP wollen nicht in Luftreinhaltungsmaßnahmen in unseren Kommunen investieren. Die rot-schwarze Landesregierung dagegen hat bis zu 100 Millionen Euro zusätzlich für saubere Luft und Klimaschutz in den Kommunen vorgesehen. Sie können auch nicht in die kommunalen Sportstätten investieren.

Das Fazit ist: Ihr Gesetzentwurf ist ein netter Versuch. Mehr Generationengerechtigkeit in Niedersachsen würden Sie damit aber nicht erreichen, weil Sie Zukunftsinvestitionen in weiten Bereichen vernachlässigen.

Die rot-schwarze Landesregierung dagegen investiert in die Zukunft künftiger Generationen und macht gleichzeitig solide Haushaltspolitik. Sie könnten Ihren Gesetzentwurf deswegen entspannt zurückziehen. Mehr Zukunftsinvestitionen gibt es nur mit der rot-schwarzen Koalition.

Vielen Dank.